

19.12 GF-Rundschau

Rat gibt grünes Licht: Isenbüttel erklärt sich zum Sicherem Hafen

Die Grünen setzen ihren Antrag im Samtgemeinderat gegen die Stimmen der CDU durch. Zudem werden die Feuerwehren finanziell entlastet.

Von Daniela König

Isenbüttel. Am Samtgemeinderatshaus wird bald das orangefarbene Label „Fairankern – Sicherer Hafen“ deutlich sichtbar werden: Denn die Samtgemeinde Isenbüttel hat sich zum Sicherem Hafen deklariert und damit bereit erklärt, zusätzlich zu den Flüchtlingen, die nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel zur Aufnahme an die Kommunen verteilt werden, weitere Menschen aus Seenot im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beherbergen. Der Antrag der Grünen wurde gegen die Stimmen der CDU und bei einer IWG-Enthaltung am Donnerstag in der Samtgemeinderatssitzung mehrheitlich beschlossen. In ihrem Antrag hatten die Grünen unter anderem auch gefordert, dass der Rat weiter Druck auf die Bundesregierung ausüben soll, sich verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie Fluchtursachenbekämpfung einzusetzen.

Wie schon in anderen Kommunen, erwies sich dieses Thema auch in Isenbüttel als emotionaler Diskussionsstoff. Während Hans-Werner Buske (CDU) die Auffassung vertrat, man müsse zwischen Geflüchteten und Vertriebenen unterscheiden und es sei nicht die Aufgabe der Samtgemeinde, regte sich im Rest des Rates Widerstand gegen diese Ansicht. Christina Petzold (SPD) fand, dass die Samtgemeinde eine humanitäre Aufgabe habe. „In der derzeitigen Pandemie sehen wir: Wir tun alles dafür, um uns selbst zu schützen und dass es uns gut geht. Es gibt aber Menschen, die es weitaus schlimmer haben als wir.



Mit solchen Labels werden Kommunen, Vereine und Institutionen als Sicherer Hafen ausgezeichnet.

FOTO: DANIELA KÖNIG

Der Unterstützerkreis macht jetzt schon großartige Flüchtlingsarbeit. Es wäre ein Faustschlag ins Gesicht dieser engagierten Helfer, wenn wir dem Antrag nicht folgen würden.“ Edmond Worgul (Linke) platzte fast der Kragen: „Ich bin in ärmsten Verhältnissen aufgewachsen und weiß, was Armut bedeutet. Meine Eltern sind damals geflüchtet und waren froh, dass ihnen geholfen wurde. Diese Menschen sind notleidend!“

Samtgemeinde trägt Kosten für MTW künftig allein

Erfolg hatte auch die Gruppe SPD/Die Linke, die Feuerwehren künftig noch besser zu unterstützen. Konkret hatten beide Fraktionen gefordert, dass die Samtgemeinde die vorhandenen Mannschaftstransportwagen (MTW) künftig nicht bloß als Transportfahrzeug für die

Jugend- und Kinderwehren ansieht, sondern diese den Einsatzfahrzeugen gleichstellt. Denn in der Praxis würden die MTW im Einsatz von den aktiven Kameraden genutzt. Demzufolge solle die Samtgemeinde auch die Kosten für die Neu- und Ersatzbeschaffung sowie die Unterhaltung allein tragen, statt sich diese wie bisher mit den Feuerwehren zu teilen. Jannis Gaus (SPD): „Einige Wehren können sich das sonst nicht leisten, wenn die Kameradschaftskasse nicht groß genug ist.“

Dafür sollen pro Jahr 30.000 Euro im jeweiligen Haushalt eingestellt werden. Die neue Kostenregelung greift ab sofort und damit als nächstes für die Feuerwehr Vollbüttel, die 2023 ein neues Fahrzeug bekommt.

Corona: Gemeinden erhalten 86.000 Euro vom Land

Das Land Niedersachsen gibt der Samtgemeinde 172.000 Euro zur Abgeltung von coronabedingten Mehrausgaben. Damit sind aber auch die bestehenden Forderungen an das Land nach Mitteln als Ausgleich für die entfallenden Elternbeiträge durch Kita-Schließungen und einer Aufstockung des Härtefallfonds für die Beitragsfreiheit abgegolten. Während die Samtgemeinde eine Hälfte des Geldes einbehält, werden die restlichen 86.000 Euro an die Mitgliedsgemeinden abhängig ihrer Einwohnerzahl aufgeteilt. Hartmut Jonas (Grüne) scheiterte mit dem Antrag, den Verteilungsschlüssel so anzusetzen, dass Gemeinden und Samtgemeinden gleich viel bekommen, die 172.000 Euro also durch fünf geteilt werden.